

geht es um das Prinzip der Nachhaltigkeit: keine Eindimensionalität der politischen Forderung, vielmehr Sorge dafür tragen, dass sich Menschen das, was wir auf den Weg bringen, auch leisten können.

Deswegen funktioniert das mit dem KfW-55-Standard auch nicht in der Form, wie Sie das formulieren. Auch das ist schon angekommen: Viele alte Gebäude können Sie in einem wirtschaftlichen Rahmen, geschweige denn in der technischen Umsetzung, nicht auf KfW-55-Standard umbauen.

Deswegen ist es immer wichtig, das einzelne Gebäude in den Blick zu nehmen. Ich bin mir sicher, dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen dazu in den nächsten Wochen und Monaten vernünftige Lösungen präsentieren wird; immerhin fühlen wir uns an das Pariser Klimaschutzabkommen mehr als gebunden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/6740** an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Antrag zur Mitberatung **ebenfalls** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** zu überweisen.

Wer stimmt dem zu? – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

**10 Arbeitern in der Kohleindustrie in NRW den Rücken stärken: Kein Bergmann darf ins Bergfreie fallen – der Ministerpräsident muss sein Versprechen halten!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/6759

Ich eröffne die Aussprache. Für die AfD-Fraktion hat Herr Loose das Wort.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vertrauen ist der Anfang von allem. Worauf haben die Bergleute vertraut?

Sie haben auf ein Versprechen vertraut, dass kein Bergmann ins Bergfreie fallen soll – ein Versprechen, das nicht nur den Bergleuten und deren Familien, sondern einer ganzen Region gegeben wurde; ein Versprechen, das auch Frau Kraft gegeben hat; ein Versprechen, welches Herr Ministerpräsident Laschet noch im Dezember letzten Jahres im Rahmen einer pompösen Feier mehrfach bekräftigt hat.

Es war eine Feier, bei der die jetzt betroffenen Kumpel von Prosper-Haniel nicht eingeladen waren. Sie waren aber vor zwei Wochen hier vor dem Landtag. Mit einer Musikanlage zogen sie zum Landtag und spielten dort Zitate von Frau Kraft und Herrn Laschet ab, in denen immer wieder beteuert wurde, dass kein Bergmann ins Bergfreie fallen soll. Und wieder war kein Abgeordneter bereit, mit den Kumpeln zu sprechen.

Wir aber waren vor Ort und haben uns die Geschichten dieser Bergmänner angehört. Dort waren Bergleute, die seit mehr als 30 Jahren im Bergbau tätig sind: Betriebsratsmitglieder, Kumpel mit Bergmannsversorgungsschein und mit Schwerbehindertenausweis. Alle hatten eines gemeinsam: Allen wurde im Juni von der Ruhrkohle AG gekündigt.

Jetzt scheint es, dass diese 200 Bergleute mit ihren Familien und Kindern ins Bergfreie fallen. Die Ruhrkohle AG, ein Unternehmen mit einem Vermögen in Höhe von 9,5 Milliarden Euro und fast 500 Beteiligungen – darunter Evonik –, ist nicht in der Lage, diese 200 Mitarbeiter zu beschäftigen?

Bei der Ruhrkohle AG sitzt auch Frau Hannelore Kraft im Aufsichtsrat. 35 Betriebsjahre – und trotzdem die Kündigung, Frau Kraft? Ist das die soziale Gerechtigkeit, von der Sie immer wieder sprechen?

Diese Bergleute haben sich wahrlich den Rücken kaputtgearbeitet und erwarten, dass Sie alle hier zu Ihren Versprechen stehen – Versprechen, die Sie auch den Leuten im Tagebaugebiet bei der energieintensiven Industrie im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg gegeben haben.

Auch dort versprechen Sie den Arbeitern, den 250.000 Beschäftigten, die dort von Kündigung bedroht sind, dass sie einen neuen Arbeitsplatz bekommen. Werden Sie auch diese Menschen im Stich lassen?

Die Ruhrkohle AG plant inzwischen den Rückbau bis zum Jahr 2027 plus Ewigkeitsarbeiten weit über das Jahr 2030 hinaus. Arbeit ist also genügend vorhanden, doch jetzt werden dafür Fremdfirmen eingesetzt.

Die Bergleute haben zum Teil vor 30 Jahren angefangen, und ihnen wurde damals versprochen, sie müssten bis etwa Mitte 50 arbeiten. Inzwischen werden die anderen Bergleute – sogar diejenigen, die unter Tage gearbeitet haben – mit 50 in Rente geschickt; dazwischen gibt es noch ein Übergangsgeld. Die anderen Bergleute jedoch – auch viele der Bergleute, die heute auf der Zuschauertribüne sitzen – sollen nun statt bis 50 bis 67 arbeiten.

Was glauben Sie, wie sich die Kumpel dabei fühlen? Das sind Menschen, die körperlich hart gearbeitet haben. Ich kann das nachvollziehen: Meine beiden Großväter haben in Ibbenbüren im Pütt gearbeitet. Beide hatten eine Staublung.

Auch diese Mitarbeiter hier haben hart gearbeitet: Menschen, die auch für die Integration viel geleistet haben. Man war Kumpel unter Tage, und jeder half jedem. In der gesamten Region war eigentlich jeder irgendwie Kumpel. Jeder kannte jemanden aus der Familie, aus der Nachbarschaft, aus dem Freundeskreis, der unter Tage gearbeitet hat.

Ja, der Bergbau ist zu Ende; das wissen die Bergleute, das weiß die ganze Region. Doch wie sagte es ein Bergmann vor zwei Wochen: Wir wollen in Würde sterben. – Es wird Zeit, den Bergleuten danke zu sagen. Und es wird Zeit, Herr Laschet, Herr Laumann, Frau Kraft, dass Sie Ihre Versprechen einhalten;

(Beifall von der AfD – Beifall von der Zuschauertribüne)

denn ein gebrochenes Versprechen ist das Ende des Vertrauens. – Glück auf!

(Beifall von der AfD – Beifall von der Zuschauertribüne)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Loose. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Klenner.

**Jochen Klenner (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seine Unterstützer kann man sich irgendwie nicht aussuchen. Das ist schon echt kurios, Sie in diesem Plenarsaal über Integration sprechen zu hören. Das ist fast schon beleidigend für einige, die hier sitzen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Am 12. September 2018 haben wir auch hier im Plenarsaal gemeinsam den Festakt zum Ende der Steinkohle in NRW erlebt. Damals wie heute saßen auf der Besuchertribüne viele Bergleute. Diese bewegenden Momente sind mir persönlich noch sehr gut in Erinnerung: Emotionale Ansprachen, und der

Bergmann- und Kinderchor singt am Ende zusammen das Lied von Udo Jürgens „Ihr von morgen – Hymne an die Zukunft“.

Heute haben wir wieder mal gehört: Ihr von gestern, zurück in die Vergangenheit. Die AfD als Anwalt der Arbeiter – das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Denn – erstens – Bergleute sind stolz, und plumpe Anbiederungsversuche braucht dort niemand. Wer immer wieder gegen Schwache in unserer Gesellschaft hetzt, kann kein glaubwürdiger Partner für Arbeitnehmerinteressen sein.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zurufe von der Zuschauertribüne: Buh!)

Zweitens. Schauen Sie mal nach oben.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Klenner, darf ich Sie mal eben unterbrechen? – Ich muss, glaube ich, etwas klarstellen; das gilt auch für Bergleute: Auf der Tribüne wird weder Beifall noch Missfallen geäußert, also kein „Buh“ und kein Klatschen; sonst wird der Saal gleich geräumt. Das geht ganz schnell, ja? – Klare Ansage: Der Redner spricht, und hier unten wird darauf reagiert. Oben reagiert niemand, oder wir machen den Saal sofort leer. Damit haben wir gar kein Problem. Haben Sie das verstanden? – Ja? – Danke.

Bitte schön, Herr Klenner, Sie haben das Wort.

**Jochen Klenner (CDU):** Ich empfehle den Leuten unten im Saal, nach oben zu schauen. Bergleute sind weltoffen. Unter Tage zählt nicht die Herkunft, sondern die Gemeinschaft – kein Platz für Hetze und Fremdenfeindlichkeit.

Wie Sie auf die Idee kommen konnten, ausgerechnet da zu punkten, ist mir, ehrlich gesagt, absolut schleierhaft.

(Andreas Keith [AfD]: Weil Sie nicht da waren! – Weitere Zurufe von Andreas Keith [AfD])

– Mir ist es schleierhaft.

Bergleute sind auch intelligent genug, auf vermeintlich einfache Lösungen und Versprechen nicht reinzufallen.

(Zurufe von Andreas Keith [AfD])

Wir stehen dazu: Niemand fällt ins Bergfreie – nicht beim Steinkohlenbergbau und auch nicht im Rheinischen Revier.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

– Hören Sie zu, vielleicht lernen Sie was dazu!

(Andreas Keith [AfD]: Hören Sie auf zu hetzen!)

Niemand fällt ins Bergfreie, aber es muss auch jeder selbst darauf achten, keinen unbedachten Schritt in die falsche Richtung zu machen. Das sagt nicht nur die RAG, sondern das sagt auch die Gewerkschaft IG BCE. Da muss man ehrlich genug sein und darf nicht auf plumpen Stimmenfang gehen.

Am 31. Mai 2019 zitiert der WDR den Gewerkschaftsvorsitzenden der IG BCE folgendermaßen:

„Auch die Gewerkschaft IG BCE hat die Bergleute aufgefordert, die Jobangebote anzunehmen. Diese auszuschlagen sei ‚wirklich fahrlässig‘, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende“.

Es ist zu lesen, dass Gerichte bemüht werden. Ich rate dazu: Deshalb sollte sich die Politik mit einseitigen Bewertungen zurückhalten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Im vergangenen Jahr – Sie meinen ja, wir wären nicht im Gespräch – konnte ich in Prosper-Haniel einige Stunden lang Bergleute unter Tage begleiten, und zwar ohne Presse und Öffentlichkeit; das kann man auch einfach so machen. Es war eine ganz merkwürdige Stimmung, die ich in den Gesprächen mit den Beschäftigten spürte: eine Mischung aus Wehmut, aber auch Stolz und Selbstbewusstsein.

Klar ist: Kohleabbau in Deutschland mag ein Auslaufmodell sein, aber ganz sicher nicht die Menschen, die dort arbeiten. Es ist deshalb unsere Aufgabe, weiterhin dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten aus dem Kohlebergbau andere Industriearbeitsplätze finden können. Das wird auch die große Herausforderung im Rheinischen Revier.

An dieser Stelle geht ein Dank an die Landesregierung, die in Berlin stark für die Interessen von NRW, aber auch für die Interessen der Beschäftigten verhandelt hat. Wir sind bei den demokratischen Parteien fraktionsübergreifend dabei, das Ganze im Interesse der Beschäftigten umzusetzen. Das ist Grundlage für Wachstum und Beschäftigung nach der Kohle. Das unterstützen wir vor Ort – auch hier im Landtag.

Schaufensteranträge brauchen wir dafür ganz sicherlich nicht. Daher lehnen wir diesen Antrag ab. – In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Klenner. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion. Herr Loose hat das Wort. Bitte schön, Herr Loose. Sie haben 1 Minute 30 Sekunden Zeit für eine Stellungnahme zu der Rede.

**Christian Loose (AfD):** Danke, Herr Präsident. – Es ist schon sehr bedrückend, was jetzt hier geschehen ist, Herr Klenner. Es war aus meiner Sicht eine wahrlich beschämende Rede, die Sie gehalten haben.

Dass Sie auf uns einprügeln, kann ich noch verstehen; das gehört zum politischen Geschäft. Aber dass Sie jetzt den Bergleuten, die da oben sitzen und denen jetzt gekündigt wurde, auch noch Vorwürfe machen, ist nicht redlich.

Auch dass Sie hier stehen und sagen, dass kein Bergmann ins Bergfreie gefallen ist, ist wirklich absolut die Höhe! Dass Sie dann auch noch Ihre Rede mit „Glück auf!“ beenden, ist absolut unglaublich, Herr Klenner.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der CDU: Heuchler! – Weitere Zurufe von der CDU – Gegenruf von der AfD: Dafür gab es schon mal einen Ordnungsruf!)

**Jochen Klenner (CDU):** Das Problem ist: Was soll man auf eine Kurzintervention ohne Inhalt antworten? Da war auch jetzt nicht viel drin. Es ist durchsichtig, was Sie machen.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Sie gehen auf billigen Stimmenfang. Wie gesagt, man kann sich seine Unterstützer leider nicht aussuchen. Ich bin mir aber sicher, dass sich die Bergleute die Debatte ganz genau anschauen, und dass sie solche falschen Freunde nicht brauchen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Klenner. – Ich habe hier oben das Wort „Heuchler“ gehört, weiß aber nicht, von wem. Auch diese Worte werden in diesem Hohen Haus nicht benutzt, egal gegen wen. Ich sage das jetzt so, weil ich nicht weiß, wer es war.

Ich habe auch keine Lust, das lange nachprüfen zu lassen. Ich glaube, das gilt für alle: Reißt euch zusammen, sonst wird es nicht leichter. Es bleibt eh schwer genug.

Das werden wir jetzt bei der Rede von Herrn Baran merken. Er wird für die SPD erklären, wie er die Sache sieht. Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Baran.

(Zuruf: Herr Baran ist ein netter Mensch!)

**Volkan Baran (SPD):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie einfach es ist, komplexe Sachverhalte so herunterzubrechen, dass man sich darüber empören kann, zeigt dieser Antrag.

Sich zu empören, ist verdammt bequem. Man nutzt nur Informationen, die einem in den Kram passen, und meckert unqualifiziert aus dem Hintergrund. Dabei geht es nicht darum, Lösungen zu finden; die Beschwerde ersetzt das politische Programm und das politische Ziel.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das zeigt dieser Antrag eindeutig. Das macht mich wütend. Sie sparen bewusst Informationen aus und benutzen die Bergleute, die hier oben sitzen, für Ihre zweifelhaften Zwecke.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Gerade beim Steinkohlebergbau sind wir in Nordrhein-Westfalen besonders sentimental. Irgendwie gehört der Bergbau zur Familie von uns allen. Jeder kennt irgendjemanden, der schon mal im Bergwerk und unter Tage gearbeitet hat.

Ich selbst bin gelernter Bergmechaniker. Die gelebte Solidarität, die ich unter Tage erleben durfte, prägt mich heute immer noch. Das geht den meisten Menschen so. Das wissen die Antragsteller, und das nutzen sie gerade aus.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mich irritiert besonders, dass in jeder Sitzung, in der wir über staatliche Subventionen sprechen, entweder Herr Loose, Herr Blex oder Herr Strotebeck hier im Dreieck springen und sich darüber aufregen.

Ich kann gar nicht sagen, wie viel Lebenszeit Sie uns geklaut haben, weil Sie in epischer Breite beklagt haben, wie ungerecht es ist, dass die armen Bürger Zwangsabgaben von ihrem hart erarbeiteten Geld bei uns abgeben müssen

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD]: Das muss man wiederholen, wenn Sie es nicht verstehen!)

– ich kann Ihnen das auch gerne aufschreiben –

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

und dass dieses Geld von den gemeinen Politikern völlig unbedacht verteilt wird.

Ich habe hier ein paar Beispiele zu Aussagen von Herrn Loose. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums:

„Diese Landesmittel sind aber nichts anderes als das Geld der Steuerzahler – und Sie wissen es –, also das Geld der Malocher, welches Sie hier versenken möchten.“

Sie verstiegen sich sogar zu der steilen These, dass Subventionen Rezepte von gescheiterten Sozialisten seien.

(Zustimmung von der AfD – Zuruf von der SPD: Aha!)

Des Weiteren meinten Sie – ich zitiere noch einmal mit Erlaubnis des Präsidenten –: „Subventionen sind keine Industriepolitik!“

Unter dem Eindruck dieser Aussagen erscheint es grotesk, dass Sie jetzt in Ihrem Antrag und in Ihrer Rede indirekt für Subventionen sprechen, Herr Loose. Wir hören indirekt das erste Mal, dass die AfD-Fraktion tatsächlich für Subventionen plädiert.

Ihr Wankelmut ist aber keine Neuheit. Sie bewegen sich wie ein Fähnchen im Wind. Mich nervt vor allem, dass Sie dabei nicht die Interessen der Bergleute im Sinn haben, sondern einzig und allein Ihre Interessen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Sie möchten, dass die Energiewende rückgängig gemacht wird; davon berichten Sie uns ungefragt in jeder Sitzung.

Sie möchten, dass wir als Gesellschaft stagnieren und langsam rückwärtsgehen in eine Zeit, die niemand außer Ihnen in diesem Plenum zurückhaben möchte.

Aber das wird nicht passieren. Das werden wir, das werden die demokratischen Fraktionen in diesem Parlament verhindern, dass wir so weit kommen!

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Weiter mit meiner Kritik: Die AfD spart wieder einmal Hintergrundinformationen aus, die ich hier sehr gerne ergänze. Ich habe nämlich auch Gespräche geführt.

Ich habe mit der IG BCE gesprochen. Ich habe mit dem Betriebsrat gesprochen. Ich habe mit der RAG gesprochen. Ich habe teilweise mit den betroffenen Bergleuten gesprochen;

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

denn im Gegensatz zu Ihnen habe ich Bekannte da oben sitzen.

(Mehrere Zurufe von der AfD)

Grundsätzlich ist es richtig, dass es betriebsbedingte Kündigungen gegeben hat. Gemeinsam haben RAG und IG BCE in den vergangenen 50 Jahren Verantwortung für ihre Mitarbeiter und ihre Mitglieder übernommen.

Seitdem beschlossen ist, dass tatsächlich Betriebe geschlossen werden, waren sich alle Beteiligten einig, dass der Wechsel der Beschäftigten von Arbeit in Arbeit erfolgen soll. Deshalb wurden junge Kumpel

mithilfe von Qualifizierung und Vermittlung an neue Berufsperspektiven herangeführt.

(Iris Dworeck-Danielowski [AfD]: Welche denn?)

Ältere Kumpel sind in den Vorruhestand gewechselt und damit – anders, als im Antrag dargestellt worden ist – nicht von den Kündigungen betroffen.

Es wurde stets offen damit umgegangen, dass Arbeitsplätze wegfallen. Für die Beschäftigten wurden deshalb frühzeitig andere Arbeitsplätze gefunden. Niemand fiel ins Bergfreie.

Durch die Vermittlung der Beschäftigten fanden allein in den letzten zehn Jahren 40.000 RAG-Beschäftigte neue Arbeitsplätze.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Übrig blieben am Ende rund 190 Bergleute, denen Weiterbildungsmaßnahmen und Vermittlungen angeboten wurden, die sie aber abgelehnt haben.

Im vergangenen Jahr lief die Steinkohleförderung aus. Nur wenige Arbeitsplätze bleiben bestehen, besonders bei der Bewältigung der Ewigkeitsaufgaben. Anders als die AfD in ihrem Antrag nahelegt, reichen diese Aufgaben nicht aus, um die übrigen Kumpel auch weiter zu beschäftigen, zumal vielen die Qualifizierung dafür fehlt.

Es werden 80 Bergleute benötigt, die anhand ihrer Qualifikation in den jeweiligen Fachgebieten ausgesucht worden sind. Die Arbeiten, die von Fremdfirmen ausgeübt werden, sind zeitlich befristet; sie werden von spezialisierten Unternehmen durchgeführt.

Ich wiederhole zum Ende: Zu unterschiedlichen Zeitpunkten wurden den Mitarbeitern Hilfen angeboten, die nicht angenommen worden sind.

(Zuruf von der AfD: Ah!)

Die gekündigten Mitarbeiter haben jedes Lösungsangebot der RAG abgelehnt und damit leider bewusst eine Kündigung in Kauf genommen. Die Bringschuld der IG BCE und der RAG ist damit eindeutig erfüllt. Aber jeder Mitarbeiter trägt Verantwortung für sich und seine Familie. Daher hoffe ich, dass sie eine Anschlussbeschäftigung finden werden.

(Zuruf von der AfD)

Der Antrag der AfD-Fraktion verschweigt bewusst die vollständige Geschichte. Der aufgeführte Fall ins Bergfreie ist von den Betroffenen leider selbst gewählt. Daher lehnen wir als SPD-Fraktion Ihren Antrag sehr gerne ab. – Ich schließe auch mit einem Glück auf!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Andreas Keith [AfD]: Sehr gerne! – Buh-Rufe von der Zuschauertribüne)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Baran. – Es gibt eine Kurzintervention, die von der AfD-Fraktion angemeldet wurde. Wenn Sie die vom Pult aus beantworten wollen, ist das Ihr gutes Recht. Herr Loose wird für die AfD-Fraktion sprechen. – Bitte schön, Herr Loose.

**Christian Loose (AfD):** Herr Präsident! Frau Kraft sitzt im Aufsichtsrat, davor Herr Römer – trotzdem trauen die sich hier nicht, dazu Stellung zu nehmen.

(Zuruf von der SPD: Ah!)

Ich finde es ein bisschen beschämend, dass man Sie vorgeschoben hat, Herr Baran.

Die Bergleute haben mit uns gesprochen. Die hätten auch mit Ihnen gesprochen. Jede Fraktion wurde von den Bergleuten angeschrieben, aber keiner hat mit den Bergleuten gesprochen.

(Zuruf von der SPD: Gelogen! – Michael Hübner [SPD]: Das ist falsch! – Weitere Zurufe)

Wir waren diejenigen, die jetzt einen Antrag gestellt haben.

(Michael Hübner [SPD]: Es bleibt falsch! – Weitere Zurufe)

Fragen Sie die Bergleute; das können Sie machen.

(Michael Hübner [SPD]: Es bleibt falsch! – Weitere Zurufe)

Wir waren da, an dem Freitag vor zwei Wochen. Das können Sie gerne als falsch ansehen. Wir waren diejenigen, die den Antrag gestellt haben. Warum haben Sie den Antrag nicht gestellt? – Das ist die Frage.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Macht eure Show! – Weitere Zurufe)

Die Ruhrkohle AG hat genügend Geld, 9,5 Milliarden Euro, und beschäftigt jetzt Fremdfirmen, Fremdmitarbeiter. Das ist das Problem, Herr Baran.

(Zuruf von Henning Höne [FDP] – Weitere Zurufe)

Diese Fremdmitarbeiter werden von den Bergleuten, die jetzt da oben sitzen, eingearbeitet. Die Fremdmitarbeiter ersetzen jetzt die Menschen da oben, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.

(Fortgesetzt Zurufe)

– Das ist eine Kurzintervention, dementsprechend braucht es keine Frage.

(Fortgesetzt Zurufe)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Loose. – Herr Baran, 1:30 Minute für Sie, um zu reagieren. Bitte schön.

**Volkan Baran** (SPD): „Fremdmitarbeiter“ – das spricht ja schon einmal Bände, was Ihre Sprache angeht. – Ich würde Ihnen als Abgeordneter empfehlen, einmal das Aktienrecht zu lesen. Wenn jemand in einem Aufsichtsrat sitzt, ist er dem Unternehmen verpflichtet und darf sich nicht in das Alltagsgeschäft einmischen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Ich stehe hier, weil ich versuche, ehrliche Politik zu machen, und zu ehrlicher Politik

(Beifall von der SPD – Lachen von der AfD)

gehört eben das Reden mit allen Beteiligten. Wenn Sie mit der RAG, wenn Sie mit der Gewerkschaft und wenn Sie mit den Betriebsräten gesprochen hätten,

(Zurufe von der AfD)

hätten Sie gewusst, dass es immer noch Bemühungen gibt, diese Menschen, diese Kumpel irgendwo in eine Beschäftigung zu bekommen.

Sie machen es sich aber einfach: Sie machen einen Skandal daraus und versuchen,

(Zuruf von Christian Loose [AfD] – Weitere Zurufe – Glocke)

Leute für Ihre dreckige Arbeit zu instrumentalisieren. – Da komme ich nicht rein. – Glück auf!

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP hat nun der Abgeordnete Brockes das Wort.

**Dietmar Brockes\*** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich ansieht, wie die AfD überall gegen jedwede Art von Subventionen vorgeht, ist dieser Antrag nun wirklich so etwas von verlogen, wie ich es vorher kaum einmal gesehen habe.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

Ihnen geht es hier eben nicht um die Beschäftigten, sondern Ihnen geht es um billige Effekthascherei.

(Zurufe von der AfD: Ah!)

Deshalb finde ich es, ehrlich gesagt, absolut schäbig, wie Sie versuchen, die Beschäftigten zu instrumentalisieren.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

Ich möchte auch an die Beschäftigten und an ihre Bergmannsehre appellieren: Meine Damen und Herren, lassen Sie sich nicht vor den Karren spannen von Leuten, die einer Partei angehören, die nachweislich rassistisch ist!

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Helmut Seifen [AfD]: Das ist üble Nachrede! – Weitere Zurufe von der AfD)

Kommen wir zum Gegenstand des Antrags; der ist kurz erläutert:

Mit dem Ende des Steinkohlenbergbaus wurde von der RAG ein Sozialplan aufgestellt, der mit Landes- und Bundesmitteln finanziertes Anpassungsgeld, Abfindungen und eine Transfergesellschaft inklusive neuer Stellenangebote enthält. Das Ziel eines sozial verträglichen Stellenabbaus ist damit weitestgehend erfüllt. Allein seit 1997 wurden so über 80.000 Arbeitsplätze bei der RAG sozialverträglich abgebaut.

Die nun bekannt gewordenen Kündigungen sind Einzelfälle, zu denen sich eine politische Bewertung im Grunde verbietet. Wir können nicht beurteilen, welche Alternativarbeitsplätze angeboten wurden. Wir wissen nicht, wie viele Stellen angeboten wurden. Wir können auch nicht die Qualifizierungen beurteilen, die verlangt wurden und die bei den Beschäftigten vorliegen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Mit Erlaubnis des Präsidenten will ich dazu auch noch einmal den Vorsitzenden der Gewerkschaft IG BCE Michael Vassiliadis zitieren. Dieser hat die Bergleute aufgefordert, die ihnen unterbreiteten Jobangebote anzunehmen; sie auszuschlagen, sei grob fahrlässig, so Herr Vassiliadis.

Meine Damen und Herren, ich glaube, damit ist hinreichend belegt, dass es die Schwarz-Weiß-Zeichnung, die Sie hier vornehmen, nicht gibt. Genauso verhält es sich auch mit dem Aufrechnen von Fremdvergaben. Weil dort Spezialwissen erforderlich ist, geht der Schluss, man könne diese Arbeiten durch eigenes Personal

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

einfach ersetzen, nicht auf.

Ich will deutlich feststellen: Die Situation ist schmerzvoll, weil es in diesem Land einen Konsens aller demokratischen Kräfte gibt, dass kein Bergmann ins Bergfreie fallen soll; weil wir alle die enormen Leistungen und auch Opfer der Bergleute anerkennen und weil vor diesem Hintergrund alle Landesregierungen – egal welcher Couleur – ihren Teil zu einem sozialverträglichen Ausstieg beigetragen haben.

Wenn es dann in Einzelfällen doch zu betriebsbedingten Kündigungen kommt, ist das mehr als bedauerlich. Natürlich stehen dahinter Menschen, die auch ihre Geschichte und ihre Gründe für die Ablehnung der Jobangebote haben.

Dies jedoch – und das sage ich ganz deutlich – politisch zu instrumentalisieren, verbietet sich,

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

zumal hier auch noch Klagen anhängig sind.

Wir werden diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Es gibt eine Kurzintervention von Herrn Loose von der AfD. Bitte, Sie haben das Wort.

**Christian Loose (AfD):** Danke, Herr Präsident. – Die Subventionen wurden doch schon an die Ruhrkohle AG gezahlt. Das Geld ist damit vorhanden. Nur werden damit jetzt Personen aus Fremdfirmen beschäftigt, und das ist eben nicht das Spezialwissen, sondern da wurden die Mitarbeiter von den Bergleuten, die jetzt da oben sitzen, angelernt.

(Zuruf)

– Ja, sie sind billiger, das ist das Argument der SPD. Ja, das ist super. Das ist die soziale Kälte der SPD, mit der wir es inzwischen zu tun haben. Das ist der Grund, warum Sie nur 15 % haben.

(Zurufe)

Uns haben die Bergleute ihre Geschichten erzählt. Zu uns sind sie gekommen – sie wären auch zu Ihnen gekommen –, und sie waren froh,

(Zuruf von der SPD)

dass wir diesen Antrag gestellt haben. Wir wurden gebeten, diesen Antrag zu stellen.

Wir haben uns die Geschichten angehört: Ingenieuren wurden Pfortnerarbeiten als Ersatzbeschäftigung angeboten, mit einem halben Gehalt,

(Zuruf von der SPD)

und das sind für Ingenieure eben keine gleichwertigen Arbeitsplätze.

(Unruhe)

Das sind gute Arbeitsplätze. Pfortner machen eine wichtige Arbeit, aber es ist vom Ausbildungsberuf eben nicht etwas Gleichwertiges. Dann können Sie sich nicht hier hinstellen und sagen: Die haben alle Jobangebote abgelehnt. – Denen wurden eben keine gleichwertigen Jobs angeboten.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Herr Brockes.

**Dietmar Brockes\*** (FDP): Vielen Dank. – Herr Loose, ich finde es schon bemerkenswert, wie Sie meinen, Sie müssten hier der Fürsprecher der Bergleute sein. Ich schlage Ihnen vor: Schauen Sie mal lieber in Ihre eigenen Reihen, und lösen Sie dort die Aufgaben, die Sie zu tun haben.

Ich finde es nämlich bemerkenswert,

(Zuruf von der AfD)

wenn Sie noch nicht einmal mehr in der Lage sind, in einem gemeinsamen Landesvorstand zu sitzen, aber dann hier in einer gemeinsamen Fraktion auftreten.

(Zuruf von der AfD: Das ist alles, was Sie zu den Problemen von Menschen zu sagen haben? – Weitere Zurufe)

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der zweite Teil der Rede von Herrn Brockes war genau die notwendige Einschätzung dessen, was hier heute passiert.

Schauen wir uns einmal ganz konkret an, was hier gemacht wird: Die AfD stellt einen Antrag, in dem gefordert wird, dass den Bergleuten gewisse Leistungen zukommen sollen. Und das soll in direkter Abstimmung heute hier vom Parlament verabschiedet werden.

(Andreas Keith [AfD]: Die Zeit drängt!)

Das suggeriert ein Bild, als ob dieses Parlament das aus rechtlicher Sicht auch nur ansatzweise tun könnte. Sie von der AfD wissen ganz genau, dass das nicht der Fall ist. Sie wollen Kapital aus begründeten und auch notwendigen, möglicherweise rechtlichen Auseinandersetzungen für Ihre persönlichen Zwecke schlagen. Sie wollen eine Show abziehen. Und das finde ich, ehrlich gesagt, nicht in Ordnung.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP – Andreas Keith [AfD]: Welche Forderungen sollen denn nicht gehen?)

In aller Sachlichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen: Natürlich haben 200 Bergleute, die um ihren Job fürchten, die sich möglicherweise eine bessere Stelle wünschen oder lieber an anderer Stelle arbeiten wollen als dort, wo es ihnen im Moment angeboten wird, das gute Recht, sich mit dem Unternehmen auseinanderzusetzen. Sie haben das Recht, zu versuchen, eine Regelung zu treffen oder sich gerichtlich vertreten zu lassen. Das ist das Normalste von der Welt.

Dieses Parlament ist aber weder in der Lage, noch geeignet, noch der richtige Ort, das zu diskutieren. Denn dann würden wir alle anderen Rechtsverhältnisse in Nordrhein-Westfalen diskreditieren. Wir haben eine klare Trennung zwischen Parlament, Exekutive und Judikative, und das versuchen Sie zu vermischen. Das wird mit uns nicht zu machen sein.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Noch etwas: Wir hatten nach dem Zweiten Weltkrieg rund 340.000 Beschäftigte im Steinkohlebergbau. Aufgrund der Notwendigkeit, einen Wiederaufbau in

Deutschland möglich zu machen, sind viele positive Maßnahmen auch finanzieller Art durchgeführt worden, sodass die Zahl der Beschäftigten auf über 600.000 Menschen im Jahre 1958 angestiegen ist.

Ich will noch hinzufügen: All das, was wir rückblickend zum Teil verklärend in Erinnerung haben – also der Zusammenhalt und alles andere –, wurde oft auf dem Rücken der Beschäftigten erkaufte. Viele hatten Staublunge, sind frühzeitig verstorben und konnten die eigentlich beachtlichen Renten oder andere Leistungen gar nicht erst erreichen. Das wissen wir alles.

Wir wissen auch, dass seit 1958 – das war der harte Schnitt – trotz massiver Steinkohlesubventionen die Beschäftigtenzahl sank und im Jahr 1965 nur noch bei 377.000 Beschäftigten lag. Über 200.000 Stellen wurden sozialverträglich abgebaut. „Sozialverträglich abgebaut“ heißt aber auch: Diese 200.000 Arbeitsplätze fehlten, und die fehlen vielleicht auch heute.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass der Steinkohlebergbau – wir Grünen haben zum Teil durchaus über die Höhe der Subventionen gestritten – im Jahre 2003 oder 2004 immer noch 5 Milliarden Euro an Subventionen bekommen hat, damit die Arbeit überhaupt möglich war.

Wenn jetzt am Ende dieser langen Laufzeit – so bitter das für den Einzelnen sein mag – noch 200 Beschäftigte übrig sind, die sich mit der RAG über ein Ende dieser Beschäftigungszeit auseinandersetzen, dann ist das eher ein Beleg dafür, dass es bis dahin ziemlich gut funktioniert hat. Dieses bittere Ende ist dann möglicherweise auf dem Rechtsweg zu klären, aber bitte nicht in diesem Parlament! Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen, wenn ich das so sagen darf, eine vernünftige Anschlussbeschäftigung, möglicherweise auch eine vernünftige Vorruhestandsregelung. Ich würde mich freuen, wenn das alles gütlich ausgeht. Ein Aufhetzen machen wir jedenfalls nicht mit. Die Solidarität der Bergleute werden wir nicht ausnutzen. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Auch hier gibt es eine Kurzintervention der AfD, in diesem Fall durch Herrn Wagner, bitte.

**Markus Wagner (AfD):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Es löst einfach nur noch schieres Entsetzen aus, wenn man in diesem Hause sitzt und sieht, wie sich die „Heilige Vierfältigkeit“ aus CDU, SPD, FDP und Grünen gegen die Bergleute, die dort oben sitzen, vereinigt und miteinander kooperiert.

Da schlägt der Sprecher der abgehalfterten ehemaligen Arbeiterpartei SPD den Bergleuten vor, sie sollten mal das Aktienrecht lesen, um zu wissen, warum Sie Ihre Versprechen brechen, meine Damen und Herren!

(Zurufe – Unruhe)

Sie sollten Angebote nicht ausschlagen, mit denen sie ihre Lebensarbeitszeit um 17 Jahre verlängern – entgegen allen Versprechungen, die Sie gemacht haben, hier in diesem Landtag: Schwarz, Rot, Gelb und Grün!

Und wenn Sie, Herr Brockes, davon reden, dass die AfD ihre Probleme in den eigenen Reihen lösen soll, dann sage ich Ihnen mal, wozu Sie da sind: Sie sind dazu da, um die Probleme der Bürger zu lösen, die hier oben sitzen, und nicht Probleme in den eigenen Reihen!

Mein lieber Herr Mostofizadeh, wenn das Parlament nicht geeignet ist, über einen solchen Antrag zu sprechen, dann sollten Politiker den Menschen, die hier oben sitzen, nicht über Jahrzehnte hinweg falsche Versprechungen machen!

Ich sage Ihnen noch eines: Wenn Sie sich den Antrag denn mal durchgelesen hätten, dann würden Sie feststellen, dass der Landtag die Landesregierung auffordern soll, mit der RAG zu sprechen, um den Bergleuten dort oben ...

**Präsident André Kuper:** Die Redezeit.

**Markus Wagner (AfD):** ... angemessen und adäquat zu helfen. Das ist eine Schande, was Sie hier abliefern!

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Und die Antwort, bitte.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise müsste ich jetzt nicht darauf reagieren, weil er mich ja in der Sache kaum angesprochen hat. Die Diffamierung gegenüber meinem Kollegen Norbert Römer wird Norbert Römer im Zweifel selbst gut genug zurückweisen können.

Ich möchte nur auf Folgendes hinweisen, Herr Wagner: Sie scheinen im Dauerwahlkampfmodus zu sein. Der Vorsitzende der Gewerkschaft IG BCE, Michael Vassiliadis, mit dem ich sicherlich sehr selten einer Meinung bin, führt in seinem Brief Folgendes aus:

Die Ausgangsvoraussetzungen für die noch gut 200 zu vermittelnden Arbeitnehmer sind gut. Es mangelt nicht an freien und attraktiven Arbeitsplätzen außer-

halb des Bergbaus. Vielmehr warten zahlreiche Unternehmen, mit denen wir in Kontakt stehen, auf unsere qualifizierten Mitarbeiter, um ihre offenen Stellen mit ihnen besetzen zu können.

Ich will den nächsten Absatz zusammenfassen: Manche möchten diese Angebote annehmen, andere nicht. Wiederum andere haben andere Perspektiven. Das ist ihr gutes Recht. Das habe ich nicht zu entscheiden. Aber die Ausgangsvoraussetzungen haben wir gemeinsam geschaffen. Sie müssen fair für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleich gemacht werden, und es dürfen nicht manche bevorzugt werden.

Die letzte Bemerkung, die ich mir erlauben möchte: Herr Minister Laumann, wir haben vor wenigen Wochen noch das Gesetz zum Bergmannsversorgungsschein diskutiert. Ich habe zu dieser Frage von der AfD nichts gehört. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung hat nun Minister Laumann das Wort.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beendigung des Steinkohlebergbaus in Deutschland ist ein Prozess, der sich über fast zwei Generationen hingezogen hat; ein Prozess, der in diesem Land von den Sozialpartnern, unter anderem von der IG BCE, aber auch von der RAG, gestaltet worden ist.

Dieser Anpassungsprozess, in dem wir ohne Massenentlassungen, sondern sozialverträglich eine unserer größten Industriebranchen abgewickelt haben – mit Milliarden von Subventionen, um überhaupt die Zeitachse zu überstehen, mit Hunderten von Millionen an Anpassungsgeld –, war eine große solidarische Leistung der deutschen Gesellschaft. Ich finde, es war eine Leistung, die die Bergleute über die Generationen hin auch verdient hatten.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN sowie Christian Loose [AfD] und Andreas Keith [AfD])

Deswegen kann dieses Land auf diese Solidarität mit einer gewaltigen industriellen Branche, der dieses Land viel zu verdanken hat, stolz sein.

Was ich jetzt der AfD mit Blick auf diesen Antrag und auch darauf, wie das hier alles vorbereitet worden ist – es ist ja kein Zufall, was hier passiert –, vorwerfe, ist: Sie wollten im Grunde genommen diese Geschichte des Vertrauens beschädigen, weil Ziel Ihrer

Politik ist, das Vertrauen in Staat und Sozialpartnerschaft in unserem Land zu zerstören!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Christian Loose [AfD]: Herr Laumann, Sie haben das Vertrauen gebrochen! – Helmut Seifen [AfD]: Das schaffen Sie ganz allein!)

Sie machen es deswegen, weil es leider teilweise – ich würde sogar sagen: zu großen Teilen – eine Strategie der AfD ist, auf die Missgunst der Menschen vertrauend, ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen – gerichtet gegen diesen Staat und gegen diese Gesellschaft – und letzten Endes damit auch Wählerstimmen zu gewinnen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Deswegen – und das will ich auch an die Bergleute gerichtet sagen – kann die AfD nicht Ihr Freund sein.

Jetzt müssen wir eine zweite Sache sehen – denn das gehört auch zur Wahrheit –, und zwar das, was den 200 Menschen, denen gekündigt worden ist – ich will jetzt nicht alles wiederholen, was gesagt worden ist – angeboten worden ist. Ich habe gerade auch mit einer Delegation dieser Bergleute gesprochen.

(Andreas Keith [AfD]: Dann hat es ja Sinn gemacht!)

Die haben das Ganze aus ihrer Sicht dargestellt.

Es ist natürlich völlig klar, dass sich ein Arbeitsminister mit diesen Fragen auseinandersetzen muss. Aber der Kern ist doch, dass Ende 2020 das sogenannte Anpassungsgeld, das ausschließlich für den Bergbau geschaffen worden ist, ausläuft, und dass es hier eine Stichtagsregelung für Geburtsjahrgänge gibt, die so zuschlägt, wie sie zuschlägt.

Es gibt daher Menschen, die mit 50 Jahren in die Anpassung hätten gehen wollen. Weil aber der Stichtag oder das Geburtsdatum dies nicht zulassen, heißt das, dass die Menschen bis zur Regelaltersgrenze arbeiten müssen. So bitter wie das ist, muss ich als Arbeitsminister aber sagen: Es gibt in diesem Land keinen Rechtsanspruch auf Vorruhestand, sondern es gibt Gesetze, mit denen wir Regelungen treffen, die auch mit bestimmten Stichtagen zu tun haben. Und die kann man, finde ich, nicht beliebig verschieben kann.

Wenn wir das täten, bekämen wir aus vielen anderen Branchen Anfragen, nach dem Motto: Was macht ihr denn da eigentlich? – Denn all dies ist spätestens zu dem Zeitpunkt, als der Deutsche Bundestag die Revisionsklausel aus den Anpassungsgesetzen herausgenommen hat, im Zusammenhang damit vereinbart worden, wie der Zeitplan bis zur Schließung der letzten Zeche aussieht.

Darüber, dass die 200 Menschen – aus welchen Gründen auch immer – bestimmte Angebote nicht angenommen haben, will ich überhaupt nicht urteilen. Ich sage auch in diesem Saal, dass sie natürlich nicht die Solidarität unserer Gesellschaft verloren haben. Diese Menschen haben teilweise 30, 35, 40 Jahre lang Sozialversicherungsbeiträge bezahlt. Selbstverständlich ist dann die Arbeitsverwaltung für diese Menschen zuständig und in der Pflicht, auch wenn sie vielleicht aus unserer Sicht eine Fehlentscheidung getroffen haben, ihnen trotzdem dabei zu helfen, dass sie wieder in eine anständige Arbeit hereinkommen. Das ist, wie ich meine, eine ganz wichtige Sache.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

So muss man das meines Erachtens angehen.

Ich verstehe vielleicht nicht, warum die Angebote ausgeschlagen worden sind. Das will ich alles gar nicht beurteilen, weil ich letzten Endes die Beweislage nicht kenne. Dafür gibt es die Arbeitsgerichte.

Aber eines ist doch völlig klar: Der nordrhein-westfälischen Arbeitsminister vertritt natürlich die Auffassung, dass diesen Menschen geholfen werden muss, wieder eine gute Arbeit zu finden. Der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen ist Gott sei Dank zurzeit so beschaffen, dass es für gut ausgebildete Menschen auch eine Möglichkeit gibt, wieder eine Arbeit zu finden. Einem arbeitslosen Menschen kann ich am Ende des Tages nur helfen, indem ich ihm wieder eine Arbeit gebe.

(Christian Loose [AfD]: Den Tagebau, die Kraftwerke machen Sie auch alle dicht!)

Ich meine, dass ein solcher Arbeitsminister sich eher als Freund der Bergleute zeigt als das, was Sie heute hier veranstaltet haben.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt eine weitere Kurzintervention der AfD, wieder von Herrn Wagner. Herr Wagner, bitte.

**Markus Wagner (AfD):** Herr Präsident, vielen Dank. – Herr Minister Laumann, Sie haben eben davon gesprochen, hier würde sich ein Schauspiel zu tragen.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Ich muss Ihnen sagen: Diese Annahme von Ihnen ist wirklich bitter enttäuschend. Das, was Sie hier sehen, was sich hier abspielt, ist kein Schauspiel, sondern die Realität von 200 Bergleuten, die nicht mehr wissen, wie ihre Zukunft aussieht. Das ist kein Schauspiel.

Wenn Sie von einer Geschichte des Vertrauens sprechen, dann nützt diese Geschichte des Vertrauens den Leuten da oben gar nichts. Wenn Sie uns vorwerfen, wir würden Missgunst nutzen und versuchen, Vertrauen zu untergraben, dann will ich Ihnen mal entgegenhalten, dass umgekehrt ein Schuh daraus wird.

Da sitzen nämlich Leute, die haben vor über 30 Jahren dem Versprechen der Politik, das bis in die jüngste Zeit wiederholt worden ist, Vertrauen geschenkt, und dieses Vertrauen ist enttäuscht worden.

(Beifall von der AfD)

Wenn unser Antrag dann wenigstens dazu geführt hat, dass Sie sich tatsächlich mal mit den betroffenen Bergleuten an einen Tisch setzen

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– genau dazu hat unser Antrag heute geführt –, dann war unser Antrag es schon wert, gestellt zu werden, selbst wenn er wie üblich von allen hier abgelehnt werden wird. – Danke.

(Beifall von der AfD – Ralph Bombis [FDP]: Ich lasse mich von Ihnen nicht belehren!)

**Präsident André Kuper:** Herr Minister.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen)

– Herr Minister entgegnet nicht darauf.

Ich habe eine weitere Wortmeldung aus den Reihen der AfD. Für die restlichen Sekunden jetzt der Abgeordnete Loose.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Das Einzige, was von Ihnen hier kam, war: „Die AfD darf diesen Antrag nicht stellen“, und: Die Bergleute sind selber schuld.

(Beifall von der AfD – Zurufe von der CDU)

Sie haben nicht eine einzige Lösung angeboten, aber wir haben ihnen eine Lösung angeboten. Die Landesregierung kann sich bei der Ruhrkohle AG einsetzen, auch Frau Kraft kann sich hier einsetzen, damit diese Personen im Rahmen des Rückbaus weiterbeschäftigt werden.

Nicht nur Fremdfirmen werden da beschäftigt, sondern auch Mitarbeiter, die schon längst in den Ruhestand gehen könnten, werden weiterbeschäftigt – und diesen Mitarbeitern da oben wird gekündigt! Das ist eine absolute Schande, eine Schande für die SPD, eine Schande für die Landesregierung! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Frank Müller [SPD])

**Präsident André Kuper:** Es gibt eine Kurzintervention der SPD. Der Kollege Baran hat das Wort.

**Volkan Baran (SPD):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Loose, Sie haben gerade da vorne wieder irgendetwas erzählt, was man kaum verstanden hat. Was mich interessieren würde: Sitzt irgendjemand von Ihrer Fraktion im Aufsichtsrat, sodass Sie behaupten könnten, dass Frau Kraft sich im Aufsichtsrat nicht für die Bergleute einsetzt? Das finde ich eine unverschämte Unterstellung, was Sie hier bringen.

(Christian Loose [AfD]: Das ist doch das Scheinheiligste, was es gibt!)

Gibt es darüber irgendwie Kenntnisse, dass das so ist? Oder sind das einfach nur Fake News?

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Baran! Die Bergleute sind zu uns gekommen.

(Volkan Baran [SPD]: Ja!)

Die Bergleute haben ihre Geschichten erzählt, und wir haben diesen Menschen zugehört,

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Beantworten Sie doch einfach die Frage! – Volkan Baran [SPD]: Verbreitete Fake News!)

etwas, das Frau Kraft anscheinend nicht gemacht hat.

(Volkan Baran [SPD]: Antworten Sie doch auf meine Frage! – Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Das war keine Frage!)

Frau Kraft hätte sich einsetzen können, hat es anscheinend nicht gemacht. Denn das sind ja die Resultate:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Unterstellung gegen Frau Kraft!)

Im Juni wurde gekündigt mit Wirkung zum Jahresende.

(Zuruf von Volkan Baran [SPD])

Das hätten Sie machen können. Frau Kraft hatte das Versprechen gegeben. Die Landesregierung hat das Versprechen gegeben, auch die Landesregierung schon unter CDU-Führung in den Jahren 2005 bis 2009 unter Rüttgers und Herrn Pinkwart, der heute nicht mal hier ist.

(Volkan Baran [SPD]: Unterstellung! Unterstellung!)

– Ich habe überhaupt nichts unterstellt. Ich habe gesagt, die Frau Kraft soll sich einsetzen. Anscheinend hat sie es nicht gemacht. Denn das sind die Resultate.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ein Populist vor dem Herrn! – Zuruf von Volkan Baran [SPD])

– Im Moment habe ich das Wort, Herr Baran, auch wenn Sie das nicht glauben mögen.

(Volkan Baran [SPD]: Können Sie ja nachschauen!)

Sie können das nachschauen, gerne.

(Nadja Lüders [SPD]: Es geht nicht um Glauben, sondern um Tatsachen!)

Das Resultat ist, dass diesen Menschen gekündigt wurde.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Keine Fakten, nur falsche Behauptungen in die Welt setzen!)

Das Resultat ist,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sind doch im Aufsichtsrat!)

dass damit 200 Bergleute mit ihren Familien, mit ihren Kindern ins Bergfreie fallen, weil Sie sich nicht darum gekümmert haben und nicht mal mit den Mitarbeitern gesprochen haben. Die waren vor zwei Wochen hier. Sie haben Sie gerufen mit einer Lautsprechanlage. Sie haben gerufen: SPD, kommt raus! Keiner ist rausgekommen von Ihnen, keiner von der SPD, keiner von den Grünen, von der CDU und von der FDP!

(Unruhe – Glocke)

Sie haben nicht mit den Leuten gesprochen. Da können Sie jeden Bergmann da oben fragen!

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank. – Meine Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Redezeiten sind auch so weit ausgenutzt. Daher schließe ich die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung.

(Frank Müller [SPD]: Sie nehmen es billigend in Kauf! – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/6759. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Wer ist dagegen? – Das sind die Abgeordneten der CDU, der Grünen, der SPD und der FDP.

(Buh-Rufe von der Tribüne)

Wer enthält sich? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Herr Pretzell. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/6759 abgelehnt.**

(Buh-Rufe – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf.

(Fortgesetzt tumultartige Zurufe – Anhaltende Unruhe – Glocke)

Meine Damen und Herren! Ich darf die Besucher auf der Besuchertribüne bitten, ...

(Fortgesetzt Zurufe)

Ich stoppe ...

(Tumult und Gebrüll auf der Tribüne)

Ich unterbreche die Sitzung so lange, bis die Kolleginnen und Kollegen von der Besuchertribüne entfernt worden sind.

(Zurufe von der AfD – Die Besucher verlassen die Tribüne und trommeln von außen an die Glasscheiben der Besuchertribüne.)

Ich werde die Sitzung für acht Minuten unterbrechen.

(Unterbrechung von 18:52 Uhr bis 19:00 Uhr)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich hebe hiermit die vom Präsidenten ausgesprochene Sitzungsunterbrechung auf.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 11 aufrufe, möchte ich noch einmal versuchen, zu erklären, warum es zu einer Sitzungsunterbrechung kommen musste.

In diesem Parlament haben wir in all den Jahren viele Streitige Debatten geführt. Bei allen inhaltlichen und politischen Kontroversen gilt immer der Grundsatz, dass in einem Parlament, in einem deutschen Parlament, insbesondere im Parlament von Nordrhein-Westfalen, Wort und Widerwort die Instrumente der parlamentarischen Debatte und Auseinandersetzung sind. Wenn man Wort und Widerwort ernst nimmt, dann verbieten sich ganz bestimmte Verhaltensweisen.

Aus gutem Grund sprechen wir in diesem Parlament im Rahmen der parlamentarischen Demokratie im Plenarsaal; wir sprechen aber nicht auf der Tribüne, und wir sprechen auch nicht für die Tribüne. Dieser gute Grund lässt sich historisch ableiten. Der gute Grund heißt: Wir haben aus dem Ende der Weimarer Republik – ich füge hinzu: Gott sei Dank! – die richtigen Konsequenzen und die richtigen Lehren gezogen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

In einem deutschen Parlament und erst recht im Parlament von Nordrhein-Westfalen können und dürfen wir es nie zulassen, dass die Tribüne sich in die parlamentarische Auseinandersetzung mit Wort und Widerwort einmischet. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass Situationen entstehen, in denen die Tribüne mit

außerparlamentarischen Mitteln versucht, Abgeordnete in ihrer freien Meinungsäußerung zu beeinflussen und möglicherweise zu bedrohen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das erklärt auch für diejenigen, die zu diesem Zeitpunkt vielleicht noch nicht im Plenarsaal sein konnten, die sehr harte und scharfe Ansage des Vizepräsidenten Oliver Keymis als Sitzungsleitendem Präsidenten, als die ersten Buh-Rufe nicht mehr zu überhören waren, die von der Tribüne gekommen sind.

Deshalb bitte ich, zu verstehen, warum wir, um die parlamentarische Ordnung hier wieder sicherstellen zu können – und zwar in dem Sinne, wie ich es eben formuliert habe –, die Sitzungsunterbrechung durchführen mussten.

Ich bitte ganz herzlich aus dieser schwierigen Situation heraus jeden einzelnen Abgeordneten, jede Fraktion, sich nochmals zu prüfen, die Konsequenzen für das gegenwärtige und zukünftige Handeln zu ziehen und sich genau zu überlegen, wie man hier im Rahmen von Wort und Widerwort argumentiert, aber vor allen Dingen wie man hier agiert und wen man auffordert, sich anders zu verhalten.

Eines will ich noch dazu sagen: Sollte es sich bewahrheiten, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Fraktion oben auf der Tribüne zu denen gehört haben, die am lautesten geschrien haben,

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Unverschämtheit! Prüfen Sie das vielleicht erst mal!)

die gewählte Abgeordnete mit unflätigen Worten überzogen und Drohungen ausgesprochen haben, dann wird das Konsequenzen haben!

(Anhaltender Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Ich danke denjenigen, die verstanden haben, dass wir jetzt alle gemeinsam eine schwierige Situation in den parlamentarischen Alltag zurückführen.

Ich rufe erneut auf:

## **11 Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2019/2020/2021 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/6681

zweite Lesung